



# Leere Stühle in der Event-Branche

Von MICE-tip - 06.03.2020

**Der finanzielle Schaden beläuft sich jetzt schon über mehrere Millionen Franken.**



© Rick Barrett on Unsplash

«Der Event findet nicht statt, das Konzert wird verschoben oder wir warten bis sich die Situation beruhigt hat...» Solche Meldungen treffen in Minutentakt auf allen Kanälen ein. Was das für die Event-Branche heisst, ist schwierig zu eruieren. Viele Unternehmen haben ihre Mitarbeitenden in die Zwangsferien geschickt.

Zurecht fordern die Branchenverbände Unterstützung der Politik. Denn im Moment ist kaum ein Wirtschaftszweig derart von der Corona-Krise betroffen, wie die LifeCom-Branche. So hat Expo Event, der Branchenverband der Life-Communication-Branche eine kurzfristige Umfrage bei ihren 157 Mitgliedern lanciert. Dabei kam heraus, dass ein Drittel bereits jetzt Verluste von bis zu CHF 500'000 hinnehmen musste. 4 Teilnehmende müssen mit einem Minus von CHF 500'000 bis zu einer Million leben und 15 gaben sogar an, dass sich ihr Defizit bereits über CHF 1 Million belaufe. Und das ist erst der Anfang. Auf alle Mitglieder hochgerechnet, prognostiziert der Verband eine Schadenssumme von CHF 150 Millionen.

Die Live-Kommunikationsbranche wird durch den Ausbruch des Corona-Virus in extremem Ausmass getroffen. Durch Absagen von Ausstellern sowie Absagen oder Verschiebungen durch Veranstalter finden derzeit 80 % der geplanten Veranstaltungen nicht statt. «Was aktuell über unsere Branche hereinbricht, kann als Horrorszenario

bezeichnet werden», erklärt Eugen Brunner, Präsident Expo Event – Swiss LiveCom Association. «Die Unternehmen unserer Branche sind dieser Situation regelrecht ausgeliefert und benötigen dringend Hilfe. Wir beobachten die gesellschaftlichen und politischen Strömungen in dieser Angelegenheit mit grosser Sorge. Die Folgen für den gesamten Veranstaltungsstandort Schweiz werden dramatisch sein, wenn nicht sehr bald wieder vernunftgeprägtes Handeln einkehrt».

## Einheitliches Vorgehen gefordert

Der Verband der Schweizer Konzert-, Show- und Festivalveranstalter SMPA moniert, dass ein ein generelles Veranstaltungsverbot ab 1000 Gästen zu erlassen, ohne die Art der Veranstaltung, ihre Zielgruppe, die Verweildauer und das Verhalten der Gäste sowie die Räumlichkeiten zu berücksichtigen, einem Berufsverbot gleichkomme. Christoph Bill, Präsident des SMPA: «Die SMPA fordert, dass Veranstaltungen mit weniger als 1000 Gästen schweizweit weiterhin durchgeführt werden dürfen, dies ohne unverhältnismässige Auflagen. Zudem müssen die Auflagen kantonale einheitlich gestaltet sein, damit nicht die unverständliche Situation entsteht, dass ein Künstler auf einer Tournee z.B. in Zürich ohne Auflagen, im Kanton Graubünden gar nicht und im Kanton Luzern nur unter Auflagen auftreten darf.» Weiter dürfe das Veranstaltungsverbot nach dem 15. März 2020 nicht verlängert werden, wenn sich die Situation nicht verschärfe. «Die Schweizer Veranstaltungsbranche wie auch viele Schweizer Künstler bangen um ihre Existenz.»

## Auch Bars und Clubs sind betroffen

Nicht nur die Eventbranche, auch die Clubs und Bars in der Schweiz sind stark von der Corona-Krise betroffen. Denn offenbar hat die kantonale Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich die Öffentlichkeit darüber informiert, dass aufgrund der aktuellen Coronavirus-Lage keine Veranstaltungen in Clubs mehr stattfinden sollen. Dabei handelt es sich laut der Bar & Club Kommission Zürich (BCK) um eine Empfehlung und nicht um ein Verbot. Die Empfehlung geht über die Verfügung des Bundesamtes für Gesundheit hinaus, welches Veranstaltungen ab 1000 Personen untersagt. Eine Schliessung der Clubs stellt aus Sicht der Bar & Club Kommission Zürich (BCK) sowie der Schweizer Bar und Clubkommission (SBCK) eine sehr weitgehende Massnahme dar, um das SARS COVID-19 einzudämmen und stellt die Unternehmer vor existenzielle Fragen.

«Eine Clubschiessung als schwerste Massnahme sollte infolge ihrer vernichtenden Wirkung für Mitarbeiter, Lieferanten und Clubs, als Ultimo Ratio verhängt werden», lässt Alexander Bücheli vom BCK in einer Mitteilung verlauten. Die BCK ist der Meinung, dass das BAG seine Entscheidung unter Einbezug sämtlicher massgebenden Kriterien wohl erwogen hat und es keinen Grund gibt, im heutigen Zeitpunkt darüber hinauszugehen. «Wir haben den Ernst der Situation erkannt und es liegt und fern, diesen zu verharmlosen. Infolge der direkten Konsequenzen sind wir jedoch angehalten, eine Problemlösung zu finden, welche die Gesundheit der Bevölkerung als auch die wirtschaftliche Realität reflektiert», Alexander Bücheli weiter. (MICE-tip)



Drucken

